



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Eine zunehmend von Machtpolitik geprägte Weltordnung setzt das Völkerrecht unter Druck. Deutschland wie auch Europa sind gezwungen, ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit, Souveränität und die militärische Abschreckung deutlich zu stärken und resilienter zu werden. Neue Arten der Kriegführung erfordern ein Umdenken in der Verteidigungspolitik. Die unberechenbare Politik des amerikanischen Präsidenten zeigt die Grenzen der multilateralen Ordnung und die Gefahr doppelter moralischer Standards auf. Dies spiegelt sich im Streit zwischen Donald Trump und Papst Leo XIV. wider, der auch Auswirkungen auf die Katholiken in den USA zeigt.
- › Zukunftsängste, Fragmentierung des politischen Systems, technologische Machtverschiebungen und populistische Herausforderungen setzen liberalen Demokratien unter Druck. Reformbereitschaft, strategische Klarheit und eine erneuerte Balance zwischen Freiheit, Sicherheit und staatlicher Handlungsfähigkeit können probate Gegenmittel sein.
- › Die deutsche Erinnerungskultur erscheint als ein fortdauernder, konflikthafter Prozess, der zwischen Verdrängung, moralischer Selbstvergewisserung und historischer Aufklärung schwankt. Die notwendige Erinnerung muss sich gegen politische Instrumentalisierung behaupten.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Krieg und Frieden	2
In der Debatte: Resilienz der Demokratie.....	8
In der Debatte: Erinnerungskultur.....	12
Rezensionen	14
Impressum.....	18

In der Debatte: Krieg und Frieden

„Deutschlands Machtmoment ist gekommen“ konstatiert *Eckhard Lübke* in der *FAZ*¹. In einer zunehmend von Machtpolitik geprägten Welt sei das Land nun gezwungen, selbst machtbewusster aufzutreten. Konfrontiert mit den Forderungen des amerikanischen Präsidenten, einem kriegführenden Russland und einem expansionistischen China könne Deutschland seine Interessen nur verteidigen, wenn es die Sprache der Machtpolitik spreche und die Macht Europas stärken würde. Macht sei ein notwendiges Mittel, das auf Ressourcen, Wirksamkeit und Verwundbarkeit beruhe und sowohl kooperativ als auch konfrontativ eingesetzt werden könne. Deutschland verfüge über erhebliche wirtschaftliche und technologische Ressourcen, weise jedoch sicherheitspolitische Abhängigkeiten – besonders von den USA – auf, die seine Souveränität begrenzen. Europa insgesamt habe das Potential einer Großmacht, bleibe jedoch militärisch verwundbar. Eine Lösung könne in der Schaffung einer europäischen Kollektivmacht liegen, in der Deutschland eine Führungsrolle übernehmen sollte, um Demokratie, wirtschaftliche Stärke und sicherheitspolitische Eigenständigkeit zu sichern. Macht verleihe neben Souveränität auch Würde, denn Abhängigkeit ermögliche Demütigung. Nur durch geschickte Nutzung eigener Machtressourcen und enge Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich könne Deutschland handlungsfähiger werden und Europas verletzliche Stellung im globalen Machtgefüge überwinden.

In der *FAZ*² betont *Kai Ambos* die zentrale Bedeutung des Gewaltverbots im Völkerrecht, das als Grundlage einer internationalen Rechtsordnung gelte und nach den Erfahrungen zweier Weltkriege in der UN-Charta verankert worden sei. Militärische Gewalt sei darin nur ausnahmsweise erlaubt – zur Selbstverteidigung oder auf Grundlage eines Mandats des UN-Sicherheitsrats –, da multilaterale Konfliktlösung nachhaltiger und weniger zerstörerisch sei als unilaterales militärisches Handeln. Der aktuelle Irankrieg illustriere die Risiken eines Vorgehens außerhalb dieses Systems: hohe zivile Opferzahlen, Fluchtbewegungen, regionale Destabilisierung und globale wirtschaftliche Folgen. Zugleich erlaube das moderne Völkerrecht Eingriffe zum Schutz der Bevölkerung, jedoch grundsätzlich nur über UN-Mandate im Rahmen des Prinzips der Schutzverantwortung. Militärische Interventionen ohne multilaterale Legitimation seien zu kritisieren und vor dem Einsatz von Gewalt müssten Diplomatie und Sanktionen ausgeschöpft werden. Darüber sei wichtig zu bedenken, dass die zunehmende Komplexität globaler Probleme – von Migration über Umweltrecht bis Digitalisierung – internationale Kooperation und regelbasierte Strukturen unverzichtbar mache. Trotz bestehender Defizite sollten die multilateralen Institutionen, insbesondere das System der UN-Friedenssicherung, gestärkt und reformiert werden, etwa durch eine Modernisierung des Sicherheitsrats oder eine Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der Generalversammlung. Völkerrechtliche Normen müssten konsequent und gleichmäßig angewandt werden, unabhängig davon, ob Rechtsverletzungen von Gegnern oder Verbündeten begangen werden. Schweigen oder selektive Empörung würden das internationale Rechtssystem untergraben.

¹ Eckhard Lübke, Von der Macht, *FAZ*, 7.4.2026.

² Kai Ambos, Wir brauchen das Völkerrecht, *FAZ*, 7.4.2026.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*³ setzt sich *Anne Peters* mit der Frage auseinander, ob das Völkerrecht angesichts aktueller Kriege und der zunehmend offenen Missachtung durch Großmächte vor dem Ende stehe und bilanziert, das Völkerrecht sei zwar angeschlagen, aber keineswegs tot. Zwar werde das Gewaltverbot immer wieder verletzt, doch habe es sich historisch als erstaunlich resilient erwiesen, und die große Mehrheit der Staaten halte weiterhin an ihm fest, nicht zuletzt aus eigenem Interesse. Neu und besonders gefährlich sei weniger die Rechtsverletzung selbst als vielmehr die offen populistische Rhetorik mächtiger Akteure, die das Völkerrecht demonstrativ verachten und so seine normative Kraft untergraben würden. Die Ausweitung des Selbstverteidigungsrechts zu präventiven Militärschlägen, etwa im Iran-Krieg, sei gefährlich und könne langfristige Schäden für die internationale Ordnung, ihre Glaubwürdigkeit und ihre Abschreckungswirkung nach sich ziehen. Humanitäre Interventionen wiesen eine gewisse Ambivalenz auf. Sie seien aus dem legitimen Impuls entstanden, schwerste Menschheitsverbrechen zu verhindern, seien aber hochgradig missbrauchs anfällig und politisch inkonsequent angewandt worden, was ihre Akzeptanz geschwächt habe. Aktuelle Beispielen wie Gaza, die Ukraine und der Iran zeigten, dass Völkerrechtsverstöße differenziert bewertet werden müssten und dass Begriffe wie „Völkermord“ oft politisch instrumentalisiert würden. Trotz fehlender zentraler Durchsetzungsmechanismen bleibe das Völkerrecht aber eine unverzichtbare Ordnungsmacht, weil es Erwartungen stabilisiere, Macht begrenze und selbst Großmächten langfristig nützen würde. Entscheidend für seine Zukunft sei, dass Rechtsbrüche klar benannt und keine doppelten Standards gelten würden.

Arnd Pollmann betrachtet in der *WirtschaftsWoche*⁴ den Konflikt zwischen dem völkerrechtlichen Gewaltverbot und dem Schutz der Menschenrechte am Beispiel des Iran. Die Fokussierung auf den amerikanischen Angriff als klaren Völkerrechtsbruch vernachlässige aber auch die Tatsache, dass die iranische Bevölkerung zugleich Schutz vor ihrem eigenen Regime benötige. Seit Gründung der UNO stehe das internationale Recht im Spannungsfeld zwischen staatlicher Souveränität und der Verantwortung, Menschen vor staatlicher Gewalt zu schützen. Dieses Spannungsfeld zeige sich heute in zahlreichen Konflikten: von Ruanda über den Kosovo bis hin zur Ukraine, Gaza, Venezuela und dem Iran. Das Völkerrecht sei kein bloßes Instrument zur Absicherung staatlicher Herrschaft, sondern sollte auch die Bürgerinnen und Bürger schützen. Humanitäre Interventionen blieben zwar die Ultima Ratio, doch das Nichteinmischungsgebot gelte nicht grenzenlos. Das UN-System sei aufgrund politischer Blockaden oft handlungsunfähig, daher müsse das Völkerrecht als Instrument zum Schutz von Bevölkerungssouveränität gestärkt werden. In extremen Fällen könnte ein Staatsvolk sogar berechtigt sein, die internationale Gemeinschaft um aktive Unterstützung gegen ein repressives Regime zu bitten.

In der *FAZ*⁵ setzt sich *Sönke Neitzel* mit der sich abzeichnenden „Revolution der Kriegführung“ auseinander, die sich seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine vollzogen habe. Diese zeige eine rasant fortschreitende technische Entwicklung, insbesondere im massenhaften Einsatz weiterentwickelter Drohnen, die ganze Frontabschnitte in unbewegliche Todeszonen verwandelten. Dadurch scheine die Defensive erstmals seit Langem wieder klar überlegen zu sein, während klassische Bewegungskriege und Panzeroffensiven an Wirksamkeit verlieren würden. Technologische Umbrüche hätten die Kriegführung historisch häufig verändert, doch die Anpassungsfähigkeit der Armeen entscheide darüber, ob Innovationen erfolgreich genutzt werden könnten. Deutschland sei allerdings vom Drohnenzeitalter weitgehend unvorbereitet getroffen worden, da Politik und Militär technologische Warnsignale über Jahre ignoriert hätten. Trotz erster Fortschritte bleibe die Bundeswehr kulturell und strukturell stark an alten

³ Marc Tribelhorn, „Die Rhetorik der USA ist beängstigend“. Fragen an die Völkerrechtsprofessorin Anne Peters, NZZ, 13.4.2026.

⁴ Arnd Pollmann, Das Recht der Völker, *WirtschaftsWoche*, 10.4.2026.

⁵ Sönke Neitzel, Der Lehrmeister aller Dinge, *FAZ*, 26.3.2026.

Denkmustern orientiert und erreiche bei Drohnenabwehr und moderner Einsatzfähigkeit bisher nur begrenzte Ergebnisse. Gleichzeitig entstünden enorme Anforderungen, da Drohnenabwehr zur zentralen Voraussetzung werde, um künftige Bewegungskriege überhaupt führen zu können. Gelingt es Europa nicht, diese Fähigkeit schnell zu entwickeln, wäre eine wirksame Abschreckung gegenüber Russland gefährdet. Die Lücke zwischen politischer Ankündigung und realer militärischer Fähigkeit bleibe groß. Die Zukunft der europäischen Sicherheit hänge davon ab, ob es gelinge, Technologie, Strukturreformen und operative Konzepte konsequent aufeinander abzustimmen.

Carlo Masala konstatiert im *Handelsblatt*⁶, im 21. Jahrhundert garantiere militärische Überlegenheit allein keinen Sieg mehr, die „Kriegslogik“ habe sich verändert. Die Beispiele Ukraine und Iran zeigten, dass militärisch unterlegene Staaten Angreifer strategisch zermürben könnten, indem sie deren Ziele verzögerten, verteuerten oder politisch delegitimierten. Damit übernahmen moderne Verteidiger Prinzipien des Guerillakriegs, dessen Kern – laut Mao Zedong – darin bestanden habe, zu überleben, während der Gegner siegen müsse. Heute umfasse diese Kostenverursachung jedoch nicht nur die Erhöhung gegnerischer Menschenverluste, sondern auch politische und ökonomische Dimensionen. Die Ukraine etwa verursache Russland hohe materielle und personelle Verluste, die dessen strategische Ziele behindern würden. Der Iran wiederum erhöhe die militärischen Kosten der USA durch Angriffe auf deren regionale Infrastruktur. Politisch zeigten beide Staaten trotz massiver Angriffe eine bemerkenswerte Resilienz ihrer Regierungssysteme. Ökonomisch versuchten sie, den Preis für den Angreifer durch Angriffe auf Energieinfrastruktur oder die Störung globaler Handelswege drastisch zu erhöhen. Insgesamt werde Überleben zur neuen Form des Siegens: Militärisch genüge die Verhinderung einer totalen Niederlage, politisch der Erhalt staatlicher Funktionsfähigkeit und gesellschaftlicher Kohärenz, wirtschaftlich das Erzwingen inakzeptabler Kosten für den Gegner. Künftige Verteidigungsstrategien müssten daher weniger auf materielle Stärke als auf Systemresilienz, Anpassungsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit setzen. Zeit werde dabei zum entscheidenden Faktor, wer länger durchhalten und die Kosten für den Angreifer maximieren könne, gehe letztlich als Sieger hervor.

Im *Handelsblatt*⁷ stellt *Christoph Herwartz* fest, angesichts der von Donald Trump gegenüber dem Iran verwandten Rhetorik, die der von Wladimir Putin nicht unähnlich sei, seien die europäischen Verbündeten in der Pflicht, auch ihm seine Grenzen aufzuzeigen. Denn seine Drohung, die iranische Zivilisation auszulöschen, bleibe bestehen und gelte als durchaus realistisch. Trumps Rhetorik sei brutal und lasse erneut Zweifel an seiner Eignung für das Amt aufkommen, auch wenn ein Entzug seiner Präsidentschaft kaum durchsetzbar sei. Die europäischen Verbündeten müssten Donald Trump klare Grenzen setzen und ihm deutlich zu machen, dass völkerrechtswidrige Angriffe auf den Iran Konsequenzen hätten. Maßnahmen wie die eingeschränkte Nutzung der US-Basis Ramstein oder sogar EU-Sanktionen könnten mögliche Reaktionen sein, auch wenn dies Risiken für die europäische Sicherheit berge. Da Trump ohnehin keinen verlässlichen Schutz Europas garantiere, müsse Europa unbedingt langfristig denken und seine Werte konsequent vertreten. Für eine zukünftige Sicherheitsordnung auf Grundlage humanitärer Standards und des Völkerrechts sei es entscheidend, dass die Europäer diese Prinzipien jetzt hochhalten und Trumps Drohungen nicht akzeptieren würden.

In der *Zeit*⁸ beschreibt *Bernd Ulrich*, wie europäische Demokratien durch das unberechenbare Verhalten Donald Trumps an ihre politischen und systemischen Grenzen stoßen würden. Anders als frühere Gegenspieler agiere Trump weder rational noch berechenbar, sondern treibe mit Tempo, Provokation und Willkür die internationale Politik vor sich her. Dies führe zu widersprüchlichen und hektischen Reaktionen europäischer Staats- und Regierungschefs,

⁶ Carlo Masala, Die neue Macht des Widerstehens, *Handelsblatt*, 9.4.2026.

⁷ Christoph Herwartz, Europa muss Haltung zeigen, *Handelsblatt*, 9.4.2026.

⁸ Bernd Ulrich, Wer stoppt die Raserei?, *Die Zeit*, 9.4.2026.

die bislang vergeblich versucht hätten, Trump mit diplomatischen, psychologischen oder strategischen Mitteln zu beeinflussen. Ursula von der Leyen gelte als eine der wenigen, die mit einer methodischen und nüchternen Herangehensweise etwas Stabilität schaffe, doch auch ihre Strategie stoße im Angesicht von Trumps eskalierender Politik an Grenzen. Global habe das Vorgehen Trumps schwerwiegende Folgen – die Schwächung des NATO-Bündnisses, wirtschaftliche Verwerfungen, humanitäre Krisen und die Aushöhlung des Völkerrechts – und stelle damit eine Gefahr für die Weltordnung dar. Da alle bisherigen Gegenstrategien gescheitert seien, müssten die demokratischen Staaten Trump geschlossen und entschieden Grenzen setzen, ihm die internationale Bühne verwehren und einheitlich Widerstand leisten. Nur so könnten sie ihre eigenen Werte und die demokratische Ordnung verteidigen.

Thomas Mayer stellt in der *Welt am Sonntag*⁹ fest, Europa stehe vor einem existenziellen Umbruch. Die vertraute, von den USA dominierte Weltordnung sei zerfallen, geopolitische Bedrohungen nähmen zu und der technologische Wandel zur Netzwerkökonomie überfordere das bisherige europäische Modell. Schrittweise Anpassungen reichten nicht mehr aus, vielmehr sei eine radikale Neuaufstellung nötig, verbunden mit mehr militärischer Handlungsfähigkeit, tiefgreifenden Wirtschaftsreformen und einem Rückbau des Sozialstaats. Angesichts innerer Zerstrittenheit und politischer Zaghaftigkeit seien Zweifel angebracht, ob Europa und auch Deutschland diese aktive Anpassung rechtzeitig schaffen könnten.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁰ merkt *Eric Gujer* an, Europa habe wiederholt darin versagt, als eigenständige globale Macht zu handeln, es halte sich aus zentralen internationalen Konflikten heraus und bleibe zugleich weiterhin stark von den USA abhängig. Vom Ersten Weltkrieg an bis zu aktuellen Krisen im Nahen Osten und in der Ukraine hätten die USA immer wieder Verantwortung übernommen, während Europa habe Chancen verstreichen lassen, durch politisches oder symbolisches Engagement Einfluss zu nehmen oder sich zu emanzipieren. Die Weigerung, amerikanische Bitten zu unterstützen, sei kurzsichtig, da Nichthandeln oft gravierendere Folgen habe als Handeln. Europas Außenpolitik erscheine als „Schönwetterdiplomatie“ ohne strategische Tiefe, geprägt von Anti Amerikanismus, Selbstmitleid und fehlender Bereitschaft, Macht oder Verantwortung auszuüben. Es agiere wie ein „selbstsüchtiger und alternder Kontinent“. Dies schwäche nicht nur Europas Glaubwürdigkeit, sondern belaste auch nachhaltig die transatlantischen Beziehungen, unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiere.

Im Gespräch mit *Zeit online*¹¹ erklärt *Claudia Major*, Europa befinde sich im Umgang mit Donald Trump in einem Dilemma. Einerseits hänge die europäische Sicherheit weiterhin stark von den USA ab, insbesondere bei Abschreckung, Verteidigung und Unterstützung der Ukraine. Andererseits Sorge Trumps unberechenbare und aggressive Politik – etwa seine Drohungen gegenüber dem Iran oder sein transaktionales Verständnis der NATO – für große Unsicherheit. Die bisherige Strategie, die USA durch Entgegenkommen in der NATO zu halten, stoße an ihre Grenzen, da Trump die Allianz eher ausnutze als stärke. Europa müsse daher dringend souveräner werden und eigene Interessen definieren, statt nur auf Trump zu reagieren. Dazu gehörten militärische Fähigkeiten, wirtschaftliche und technologische Stärke sowie eine klare politische Kommunikation. Die NATO stehe vor einer neuen Phase, in der Europa sich darauf vorbereiten müsse, im Ernstfall auch ohne die USA handlungsfähig zu sein. Abschreckung funktioniere nur, wenn Europa glaubwürdig, geschlossen und entschlossen auftrete, militärisch, politisch und gesellschaftlich. „Anbiederei“ sei keine sinnvolle Vorgehensweise.

⁹ Thomas Mayer, Europa muss sich neu erfinden, *Welt am Sonntag*, 12.4.2026.

¹⁰ Eric Gujer, Ein Verlierer steht schon fest, *NZZ*, 11.4.2026.

¹¹ Paula Haase, „Unsere Abhängigkeit führt zur Selbstzensur“. Fragen an die Sicherheitsexpertin Claudia Major, *Die Zeit online*, 12.4.2026.

Jacques Schuster stellt in der *Welt am Sonntag*¹² fest, Donald Trump erkenne die Bedeutung der NATO für die USA nicht, weil das Bündnis den Amerikanern seit jeher als geostrategischer Anker in Europa gedient habe. Ein Zerfall der NATO würde nicht nur Europa, sondern auch die USA schwächen, da ein russischer Sieg in der Ukraine das Vertrauen asiatischer Verbündeter in die amerikanische Bündnistreue erschüttern und neue, potenziell gefährliche Machtkonstellationen fördern würde. Obwohl Trump für einen formellen NATO-Austritt den Kongress bräuchte, könnte er das Bündnis schon durch ständige Infragestellung massiv schwächen. Für Europa wäre das Ende der NATO eine existenzielle Bedrohung, weshalb die europäischen Staaten einen Plan B entwickeln müssten und dies möglichst innerhalb der NATO-Strukturen, jedoch ohne die USA als Führungsmacht, da die EU allein militärisch zu träge und ineffektiv sei.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*¹³ argumentiert *Odd Arne Westad*, die heutige internationale Lage werde fälschlich als neuer Kalter Krieg beschrieben. Sie lasse sich stattdessen eher mit der Phase der Globalisierung und Multipolarität um 1900 vergleichen. Anders als im Kalten Krieg sei das gegenwärtige System nicht bipolar, sondern multipolar, und die konkurrierenden Mächte agierten innerhalb desselben globalen Wirtschaftssystems. Die USA ähnelten dabei dem damaligen Großbritannien als führende, aber verunsicherte Macht, China dem aufstrebenden Deutschland, das wirtschaftlich und militärisch rasch aufhole, während Russland Parallelen zu den im Niedergang begriffenen Imperien jener Zeit aufweise. Wie im frühen 20. Jahrhundert führe schneller technologischer und sozialer Wandel zu Verwerfungen, Populismus, Nationalismus und der Suche nach einfachen Lösungen. Der Erste Weltkrieg erscheine in dieser Perspektive nicht als zwangsläufig, sondern als Folge eines unvorhersehbaren Krisenmoments, der in einer angespannten internationalen Lage eskaliert sei, ein Szenario, das sich auch heute wiederholen könne. Besondere Risiken stellten schwache oder unglaubwürdige Bündnisse dar, denen die „Abschreckungskraft“ fehle. Europa erscheine dabei als Verlierer, da es sich sicherheitspolitisch zu stark auf die USA verlassen und zu wenig in die eigene Handlungsfähigkeit investiert habe. Um eine Eskalation zu verhindern, müssten Konflikte frühzeitig eingeeht, internationale Institutionen gestärkt und vor allem ein tieferes Verständnis für die Interessen und Wahrnehmungen der jeweils anderen Mächte entwickelt werden.

Für *Thomas Jansen* in der *FAZ*¹⁴ spiegelt der Konflikt zwischen Donald Trump und Papst Leo XIV. den Ausdruck von Trumps Respektlosigkeit gegenüber religiösen Autoritäten und moralischen Grenzen wider. Trump diffamiere den Papst persönlich und deute dessen Wahl fälschlich als politischen Akt gegen sich, während Leo bewusst zurückhaltend bleibe und erst angesichts von Kriegsdrohungen und religiöser Rechtfertigung von Gewalt klar Stellung beziehe. Der Papst betreibe damit keine Politik, sondern nehme moralische Verantwortung wahr. Es werde deutlich, dass Trump dem Vatikan gegenüber ungewöhnlich machtlos sei, während der Papst durch seine weltweite geistliche Autorität als Oberhaupt von 1,4 Milliarden Katholiken über ein erhebliches Gegengewicht verfüge und von Trump als einziger Akteur auf der politischen Bühne nicht unter Druck gesetzt werden könne.

Piero Schiavazzi erklärt im Interview mit dem *Handelsblatt*¹⁵, die Wahl des Amerikaners Robert Francis Prevost zum Papst sei als bewusstes Gegengewicht zu Donald Trump zu werten. Aufgrund seiner Biografie zwischen den USA und Peru stehe Leo XIV. für eine Kirche, die Migration, Multilateralismus und moralische Verantwortung betone und damit an den Kurs von

¹² Jacques Schuster, Europa: Im Ernstfall allein, *Welt am Sonntag*, 5.4.2026.

¹³ Thomas Isler, „Es erinnert an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg“. Fragen Odd Arne Westad, Geschichtspräsident in Yale, *NZZ*, 12.4.2026.

¹⁴ Thomas Jansen, Gegen den Papst ist Trump machtlos, *FAZ*, 15.4.2026.

¹⁵ Virginia Kist, „Leo ist jetzt ein politischer Führer von Weltrang“. Fragen an den Vatikan-Experten Piero Schiavazzi, *Handelsblatt*, 15.4.2026.

Papst Franziskus anknüpfe. Lange habe der Papst eine direkte Konfrontation mit Trump vermieden, um die katholische Kirche in den USA nicht zu spalten, habe Kritik jedoch zunehmend von Kardinälen und Bischöfen äußern lassen. Erst als Trump mit massiver Gewalt und religiöser Rhetorik gedroht habe, habe der Papst offen Stellung bezogen. Trumps heftige Reaktion hätten Leos Autorität weiter gestärkt und ihn weltweit zu einem moralischen und politischen Gegengewicht zum amerikanischen Präsidenten gemacht. Der Konflikt stehe dabei für einen grundlegenden Gegensatz zwischen unterschiedlichen Vorstellungen von Christentum, Macht und der Rolle der USA in der Welt.

Im *Wall Street Journal*¹⁶ setzt sich *William McGurn* kritisch mit der Haltung von Papst Leo XIV. auseinander, der zu Ostern den Krieg gegen den Iran kritisiert und dabei indirekt Donald Trump angesprochen habe. Der Papst fordere Frieden durch Dialog und warne vor der wachsenden Gewöhnung an Gewalt. Dabei sollte man aber auch im Blick behalten, dass die katholische Lehre nicht grundsätzlich pazifistisch sei, sondern im Rahmen der Lehre vom gerechten Krieg auch den legitimen Einsatz von Gewalt zum Schutz Unschuldiger kenne. Die Kirche verweigere Soldaten oft den nötigen moralischen Respekt, sobald sie kämpfen müssten und neige dazu, den gerechten Krieg prinzipiell auszublenden. Wer Krieg ausschließlich pazifistisch beurteile, missachte Verantwortung und wende moralische Prinzipien so an, dass letztlich Unrecht und Aggression begünstigt würden.

Die *Herausgeber* der *National Review*¹⁷ betrachten den öffentlichen Konflikt zwischen Donald Trump und Papst Leo XIV. im Kontext des Krieges zwischen den USA und Iran und ordnen ihn moralisch und theologisch ein. Der Papst kritisiere den Krieg mit wachsender Schärfe und stelle infrage, ob Gott das Handeln der Kriegsparteien billigen könne, was viele Soldaten und Gläubige verunsichern würde, da die Kirche traditionell auch das Recht auf legitime Verteidigung anerkenne. Der Papst argumentiere dabei gelegentlich zu unpräzise und die Lehre vom gerechten Krieg würde moralisch verkürzt. Auf der anderen Seite habe die vom Präsidenten bemühte apokalyptische Rhetorik, seine persönliche Angriffsbereitschaft und die Behauptung, göttlicher Zustimmung selbst gewiss zu sein, zur Eskalation beitrage. Die päpstliche Stellungnahmen hätten zwar großes moralisches Gewicht, seien für Katholiken aber nicht politisch bindend, da Fragen von Krieg und Frieden Gewissensentscheidungen bleiben würden. Weder moralische Absolutheit auf kirchlicher Seite noch polemische mit KI-generierte messianische Selbstinszenierung auf politischer Seite würden weiterhelfen. Es erfordere stattdessen nüchterne, verantwortungsvolle Abwägung durch Menschen guten Willens, zu der sowohl Kirche als auch Politik beitragen könnten, allerdings nur, wenn sie ihre Selbstdarstellung zurückstellten.

Hannes Stein betrachtet in der *Welt*¹⁸ den wachsenden Konflikt zwischen der katholischen Kirche und der MAGA-Bewegung um Donald Trump. Zentrale Akteure des Trumpismus seien katholisch, gemeinsam sei ihnen allerdings nicht die Orientierung am christlichen Glauben, sondern die Vorstellung einer zu verteidigenden „Christenheit“, die sie von inneren und äußeren Feinden bedroht sehen würden. Diese Denkweise legitimiere aus ihrer Sicht auch autoritäre Staatsmacht und Gewalt. Dem gegenüber stehe die Haltung der katholischen Kirche, die sich als moralische Gegeninstanz zu weltlicher Macht verstehe. Der Konflikt eskaliere unter Papst Leo XIV., insbesondere nach dessen Kritik an militärischer Gewalt, was zu massiven Anfeindungen durch Trumps Umfeld und sogar zu offenen Drohungen gegenüber vatikanischen Vertretern geführt habe. Die Auseinandersetzung könne als Neuauflage historischer Machtkämpfe zwischen Kirche und Staat gedeutet werden. Trumps Selbstinszenierung als Christus in einem als blasphemisch empfundenen KI-Bild markiere dabei einen symbolischen Höhe-

¹⁶ William McGurn, Pope Leo XIV Goes to War, *The Wall Street Journal*, 6.4.2026.

¹⁷ The Editors, The Pope and the President, *National Review*, 15.4.2026.

¹⁸ Hannes Stein, Und am Ende siegt doch immer die Kirche, *Die Welt*, 16.4.2026.

punkt. Dabei sei im Blick zu behalten, dass die Kirche solche Konflikte historisch stets überdauert und aus früheren politischen Verstrickungen auch gelernt habe, dass Bündnisse mit rechten Extremisten ihren eigenen moralischen Grundlagen widersprechen würden.

In der Debatte: Resilienz der Demokratie

Florence Gaub weist in der *Süddeutschen Zeitung*¹⁹ darauf hin, dass Zukunftsangst kein neues Phänomen sei, sondern jede Generation geprägt habe, von den 1950er- bis zu den 1990er-Jahren und weit darüber hinaus. Ob Atomangst, wirtschaftliche Krisen, globale Konflikte oder kulturelle Umbrüche, jede Epoche habe sich selbst für besonders bedroht gehalten. Immer wieder hätten Denker wie Oswald Spengler, Arnold Toynbee oder Daniel Bell das Ende von Innovation oder Zivilisation verkündet, doch jedes Mal sei eine Phase bedeutender Fortschritte erfolgt, von Radio und Fernsehen, Antibiotika oder Raumfahrt bis hin zu Computer, Internet und KI. Zukunftsprognosen lägen oft falsch, weil Ängste Gegenmaßnahmen auslösten, die die Realität veränderten. Die Zukunft müsse als gestaltbarer Möglichkeitsraum gesehen werden, der sowohl Hoffnung als auch Sorge hervorrufe. Angst sei dabei nicht nur normal, sondern könne als produktiver Antrieb wirken, wenn sie nicht lähme. Viele düstere Vorhersagen – etwa zu Überbevölkerung, Hungersnöten oder Umweltzerstörung – seien nicht eingetroffen, weil technologischer und gesellschaftlicher Fortschritt gegengesteuert habe. Auch die Demokratie habe trotz wiederkehrender Krisen immer wieder Erneuerungsfähigkeit bewiesen. Die zentrale Botschaft müsse lauten: Zukunftsängste seien berechtigt, aber nützlich, denn sie sollten uns motivieren zu handeln, statt uns in Untergangsstimmung zu stürzen.

Ulrich Eder argumentiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁰, die liberale Weltordnung befinde sich in einem tiefgreifenden Übergang, den Politik und Gesellschaft zwar erkennen, aber kaum in konkretes Handeln übersetzen würden. Macht trete wieder offener zutage, staatliche Institutionen verlören an Selbstverständlichkeit, und politische Legitimität entstehe zunehmend über Resonanz statt über Verfahren. Diese Veränderung führe zu einer Fragmentierung des öffentlichen Diskurses, in dem Loyalität und Emotionen wichtiger seien als Argumente. In Deutschland zeige sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen Analyse und politischer Konsequenz, man halte an alten Mustern fest und betreibe nach Wahlen vor allem Schadensbegrenzung, statt strukturelle Reformen anzugehen. Der Krieg gegen die Ukraine werde als Ausnahme statt als Ausdruck einer veränderten Weltordnung behandelt, und Abschreckung eher verwaltet als strategisch neu gedacht. Auf europäischer Ebene sei seit Langem bekannt, dass Einstimmigkeitsregeln und fehlende strategische Priorisierung die Handlungsfähigkeit begrenzen, doch institutionelle Routinen blieben bestehen. Die EU vertraue weiterhin stark auf Regulierung, obwohl sich geopolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert hätten und Regulierung allein keine strategische Ausrichtung schaffe. Zudem verhindere eine nostalgische Verteidigung des europäischen Sozialmodells notwendige Reformen. Gefordert sei daher eine deutlichere Gewichtung der anzugehenden Probleme, die mehr sei als bloße „rhetorische Schwerpunktsetzung“. Interessen müssten klar benannt, Ressourcen gezielt eingesetzt und Zielkonflikte offen ausgetragen werden. Für mehr europäische Handlungsfähigkeit müssten etwa bestimmte Vetorechte fallen, und der Erhalt demokratischer Legitimität erfordere Reformen, die Institutionen transparenter und entschlussfähiger machen würden. Wer die zunehmende Fragmentierung des politischen Diskurses ernst nehme, dürfe Gegner nicht nur moralisch delegitimieren, sondern müsse auch Vertrauen durch verlässliches staatliches Handeln schaffen. Nur so könnten Europa und Deutschland den Herausforderungen einer neuen, rauerer Weltordnung begegnen.

¹⁹ Florence Gaub, Untergang abgesagt, SZ, 4.4.2026.

²⁰ Ulrich Eder, Europa verwaltet die vergangene Welt, NZZ, 24.3.2026.

Im Gespräch mit der *FAZ*²¹ geht *Rainer Mühlhoff* der Frage nach, ob Künstliche Intelligenz eine Bedrohung für die Demokratie darstelle. Da Führungskräfte großer Techkonzerne zunehmend als politische Akteure aufträten und sich dabei in Teilen deutliche Positionen verträten, müsse man sie auch als politische Akteure betrachten. Einige einflussreiche Unternehmer verträten transhumanistische und technokratische Weltbilder, die demokratische Kontrolle ablehnten und soziale Ungleichheit als natürliche Selektion legitimierten. Diese Vorstellungen verbänden sich mit Strategien für einen autoritären Staatsumbau, in dem private Unternehmen schrittweise staatliche Funktionen übernehmen und technologische Systeme demokratische Prozesse verdrängen würden. Besonders in den USA zeige sich eine enge Verzahnung von Big Tech, Militär, Sicherheitsapparat und der Neuen Rechten, wobei demokratische Institutionen geschwächt und Minderheiten systematisch ausgegrenzt würden. Private Unternehmen strebten zunehmend an, staatliche Funktionen zu übernehmen und gut dotierte Staatsaufträge zu erhalten. Moderne Technologien – insbesondere KI – erleichterten dabei Überwachung, Klassifizierung und Kontrolle von Bevölkerungsgruppen. Es zeichneten sich faschistische Tendenzen in Form von legitimierter Gewalt, Aushöhlung des Rechtsstaats und technologischer Kontrolle bereits ab. Um hier gegenzusteuern, brauche Europa digitale Souveränität, eine eigenständige Technologieindustrie und eine klare, demokratisch legitimierte Regulierung von KI.

Im Interview mit der *Welt*²² betrachtet *Christian Stecker* die zunehmende Fragmentierung des deutschen Parteiensystems, in dem heute fünf bis sechs Fraktionen mit stark unterschiedlichen Positionen vertreten seien. Durch die Präsenz der AfD, die nicht mehr in traditionelle Koalitionen eingebunden werden könne, gerieten klassische Regierungsmodelle ins Wanken. Eine Möglichkeit für Veränderung seien flexible Mehrheiten, bei denen Entscheidungen themenbezogen und nicht entlang starrer Koalitionsgrenzen getroffen würden. Dadurch würden radikale Positionen eher geschwächt, weil sie tatsächliche Mehrheiten bräuchten, anstatt in festen Bündnissen durchgesetzt zu werden. Ein solches System wäre weder beliebig noch instabil, sondern könnte zu klareren Profilen der Parteien und nachhaltigeren Entscheidungen führen, die weniger von Regierungswechseln abhängig seien. Die Koalitionsdemokratie funktioniere zunehmend schlechter und Parteien würden dadurch an Handlungsspielraum verlieren. Minderheitsregierungen seien realistisch, das Grundgesetz lasse bereits eine Kanzlerwahl mit einfacher Mehrheit zu. Der Kanzler wäre durch das konstruktive Misstrauensvotum dennoch gut geschützt. Flexible Mehrheiten könnten dazu beitragen, politische Blockaden zu lösen und die Demokratie an ein pluraleres Parteiensystem anzupassen.

Norbert Tofall betrachtet bei *cicero.de*²³ den Liberalismus, der von rechts wie von links unter Druck geraten sei. Eine freiheitliche Ordnung beruhe auf Rechtsstaatlichkeit, Selbstbegrenzung des Staates und der Bereitschaft der Bürger, Verschiedenheit auszuhalten. Ausgehend von Kant dürfe der Staat nur Zwang ausüben, um die größtmögliche Freiheit aller zu sichern, nicht aber um Glücks- oder Moralvorstellungen durchzusetzen. Der Liberalismus lasse sich daher nicht auf eine Wirtschaftsordnung reduzieren, sondern beschreibe eine politische und gesellschaftliche Friedensordnung. Sie beruhe auf der Freiheit des Einzelnen, der Bindung aller Macht an das Recht, der Zurückweisung von Allein- und Fremdherrschaft sowie auf der institutionellen Begrenzung staatlicher Macht durch Gewaltenteilung. Hinzu kommt die gesellschaftliche Ausdifferenzierung, in der Staat, Wirtschaft, Religion, Wissenschaft, Familie und weitere Bereiche eigenständig blieben und sich gegenseitig begrenzten. Gerade hier seien die Angriffe groß, da sowohl linke als auch rechte Bewegungen versuchten, die ausdifferenzierte Gesellschaft wieder politisch zu vereinheitlichen. Der linke Angriff ziele seit den 1950er-Jahren

²¹ Jacob Gehring, „Die Gefahr des Missbrauchs ist enorm“. Fragen an den Philosophen und Mathematiker Rainer Mühlhoff, *FAZ*, 7.4.2026.

²² Ulrich Exner, „Die Minderheitsregierung könnte schneller kommen“. Fragen an den Politikwissenschaftler Christian Stecker, *Die Welt*, 8.4.2026

²³ Norbert Tofall, *Der Liberalismus und seine Feinde*, *cicero.de*, 8.4.2026.

auf die Transformation des liberalen Rechtsstaats in einen paternalistischen Sozialstaat, der Sicherheit durch staatliche Fürsorge verspreche und liberale Institutionen zunehmend miss-trauisch betrachte. Der rechte Angriff, verstärkt seit der Finanzkrise 2007/2008, lehne die of-fene Gesellschaft ebenfalls ab, jedoch im Namen kultureller Homogenität, nationaler Identität und traditioneller Lebensformen. Mit Konzepten wie dem Ethnopluralismus würden rechte Identitäre versuchen, kulturelle Trennung zu legitimieren und universalistische Werte zu de-legitimieren. Dadurch gerieten nicht nur Globalisierung und Kapitalismus ins Visier, sondern auch das christliche Menschenbild und die Idee universaler Menschenrechte. Solche Kultur-kämpfe entwickelten eine zerstörerische Logik, die historisch immer wieder in Gewalt gemün-det habe. Die eigentliche zivilisatorische Leistung des Liberalismus bestehe darin, Konflikte durch allgemeine Regeln zu entschärfen und Kooperation trotz tiefgreifender Unterschiede zu ermöglichen. Heute jedoch verschärfe die Politik Konflikte zunehmend, indem sie Grup-peninteressen mittels gesetzlicher Vorgaben durchsetze. Dadurch verliere die Demokratie ihre befriedende Funktion. Es brauche einen politisch erneuerten Liberalismus, der die offe-nen Gesellschaft verteidige, die Herrschaft des Rechts schütze und die Freiheit als Grundlage pluralen Zusammenlebens bewahre, weil sie notwendiger denn je sei.

Hans-Jürgen Papier erklärt im Gespräch mit der *Welt am Sonntag*²⁴, dass die weitreichenden Verschuldungsmöglichkeiten, die der alte Bundestag vor Regierungsantritt von Kanzler Merz beschlossen habe, zwar formal verfassungsgemäß seien, materiell aber erhebliche Risiken bergen würden. Die Aufrüstung der Bundeswehr sei verfassungsrechtlich geboten, auch wenn sie nur durch neue Schulden zu finanzieren sei. Beim Sozialstaat, der politisch ausgestaltet und nicht verfassungsrechtlich vorgegeben sei, sei Reformbedarf angesagt, um angesichts neuer gesellschaftlicher Bedingungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität, Eigenverantwortung und generationengerechter Lastenverteilung zu sichern. Gefordert sei mehr Eigenverantwortung und eine ehrliche Überprüfung aller Leistungen. Der Staat solle in erster Linie die individuelle Freiheit schützen. Stattdessen werde er zunehmend als Garant umfassender Sicherheit gesehen. Freiheit werde dabei oft missverstanden als unbegrenzte Selbstverwirklichung, obwohl sie immer auch Verantwortung bedeute: gegenüber Staat, Ver-fassung, Gemeinwohl und sich selbst. Der Staat übernehme jedoch zunehmend fürsorgliche und lenkende Funktionen und schränke damit, meist gut gemeint, die freie Entfaltung der Bürger ein. Es entstünden immer mehr Vorschriften darüber, wie Menschen leben, sich ernähren, verhalten oder äußern sollten. Auch die Meinungsfreiheit sehe sich neuen Einschränkungen gegenüber, etwa wenn staatliche Akteure oder geförderte Gruppen vorgeben wür-den, was als „richtige Demokratie“ zu gelten habe. Dadurch werde der Bürger nicht mehr als souveränes, selbstbestimmtes Individuum gesehen, sondern als jemand, der erzieherischer Begleitung bedürfe. Diese Entwicklung führe zu einem „betreuten Denken“ und gefährde die eigentliche Aufgabe des Staates, die Freiheit der Bürger zu gewährleisten. So laufe auch in der Diskussion um Parteiverbote einiges nicht richtig, aber hier seien Gerichte durchaus ein „funk-tionierendes Korrektiv“.

Tim B. Müller betrachtet in der *Süddeutschen Zeitung*²⁵ die aktuellen Krise der liberalen De-mokratie in Deutschland und Europa, ausgehend von den politischen Entwicklungen in Rhein-land-Pfalz. Traditionelle Parteien – insbesondere die SPD – hätten sich von ihrer sozialen Basis entfremdet, während rechtspopulistische Kräfte wie die AfD erfolgreich soziale und regionale Bruchlinien instrumentalisieren. Die Politik der Mitte erscheine dabei als gefangen im Modus des Reagierens, ohne strategische Vision oder gestaltende Kraft. Die gegenwärtige Situation eröffne allerdings ein kurzes Zeitfenster für grundlegende Reformen, in dem sich die Sozial-demokratie als volksnahe Reformkraft neu erfinden könnte. Historische Beispiele zeigten,

²⁴ Thorsten Jungholt/Jacques Schuster, Wenn der Staat zum Vormund wird. Fragen an den Staatsrechtler Hans-Jürgen Papier, *Welt am Sonntag*, 12.4.2026.

²⁵ Tim B. Müller, Hat die Demokratie eine Zukunft?, *Süddeutsche Zeitung*, 25.3.2026.

dass Demokratien in schweren Krisen zur Erneuerung fähig seien, man denke beispielsweise an den Reformkurs Roosevelts im New Deal oder den skandinavische Weg breiter gesellschaftlicher Kompromisse. Für die Gegenwart sei weniger charismatische Führung als eher eine parteiübergreifende Reformallianz wichtig. Entscheidend sei eine überzeugende demokratische Vision, die Konflikte zulasse, Solidarität stärke und Selbstkritik wieder zu einer produktiven Kraft mache. Nur so könne die liberale Demokratie ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und autoritären Versuchungen dauerhaft widerstehen.

Das *Editorial Board* des *Wall Street Journal*²⁶ konstatiert, die Demokratie sei weiterhin in Europa beheimatet. Die Warnungen vor einem demokratischen Rückbau in Ungarn und Polen hätten sich als übertrieben erwiesen, da in Ungarn Viktor Orbán deutlich abgewählt worden sei und in Polen 2023 die oppositionelle Bürgerplattform mit ihren Partnern die Regierung übernommen habe. Insbesondere linke und Mitte-links Medien-Eliten schienen aus parteipolitischen Gründen dazu zu neigen, konservative Kräfte vorschnell als autoritär oder faschistisch darzustellen. Dahinter stehe teils auch ein geringes Vertrauen in die Urteilsfähigkeit breiter Wählerschichten. Tatsächlich zeigten die Wahlergebnisse jedoch, dass die europäischen Wähler weiterhin an demokratischen Prozessen festhielten und keine Autokraten wollten. Entscheidend für ihr Wahlverhalten seien vielmehr konkrete Themen wie wirtschaftlicher Wohlstand, öffentliche Ordnung und der Umgang mit Migration. Wenn politische Lager diese Erwartungen nicht erfüllten, würden Wähler zur jeweils anderen Seite wechseln. Eine ständige Dramatisierung und der inflationäre Gebrauch von Faschismusvorwürfen untergrabe die Glaubwürdigkeit der Eliten und führe dazu, dass echte Gefahren für die Demokratie womöglich nicht mehr ernst genommen würden.

Daniel Finkelstein merkt in der *Times*²⁷ an, Viktor Orbáns Niederlage sei zwar bedeutsam, aber weniger ein Sieg für die liberale Demokratie und sollte somit nicht überbewertet werden. Autoritäre Populisten wie Orbán oder Trump könnten lange erfolgreich sein, weil viele Wähler Rechtsstaatlichkeit, Korruption, Minderheitenrechte oder außenpolitische Probleme tolerierten, solange ihr Alltag funktioniere. Entscheidend sei jedoch die wirtschaftliche Realität, denn wenn der Wohlstand sinke, öffentliche Leistungen versagten und ein Land im Vergleich zu seinen Nachbarn zurückfalle, würden genau diese zuvor hingegenommenen Missstände politisch relevant. Orbán sei letztlich daran gescheitert, Sicherheit und Prosperität zu gewährleisten, seine Souveränitätsrhetorik habe angesichts seiner Nähe zu Putin hohl geklungen. Besiegt worden sei er nicht von radikalen Gegnern, sondern von einem gemäßigten, wirtschaftlich orientierten Mitte-rechts-Kandidaten. Die zentrale Schwäche solcher Regime liege daher weniger in der Unbeliebtheit ihrer Ideen als mehr in ihrer mangelnden Funktionsfähigkeit. Korruption untergrabe Marktwirtschaft und Wohlstand, die wiederum auf unabhängige Institutionen und Rechtsstaatlichkeit angewiesen seien. Eine Lehre für politische Gegner sei, dass Alternativen nicht nur attraktiver klingen, sondern tatsächlich besser funktionieren müssten. Trotz aller Aushöhlungen der Demokratie habe Orbán am Ende seine Niederlage akzeptiert und ermögliche dadurch einen friedlichen Machtwechsel. Genau diese Bereitschaft, Wahlniederlagen anzuerkennen, markiere die entscheidende Grenze, die verteidigt werden müsse. Denn solange Demokratien friedliche Übergänge gewährleisten könnten, blieben sie trotz aller Defizite letztlich funktionsfähig.

Jannis Koltermann deutet in der *FAZ*²⁸ den Wahlausgang in Ungarn als wichtigen Beleg für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie. Trotz jahrelanger illiberaler Politik Viktor Orbáns, der Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte erheblich eingeschränkt habe, sei es ihm nicht gelungen, seine Abwahl zu verhindern. Damit zeige sich, dass auch geschwächte Demokratien ihren Kern – den Machtwechsel durch Wahlen – bewahren könnten.

²⁶ The Editorial Board, Democracy Lives in Europe, After All, The Wall Street Journal, 13.4.2026.

²⁷ Daniel Finkelstein, Orban's defeat isn't what you might think, The Times, 15.4.2026.

²⁸ Jannis Koltermann, Ist es wirklich fünf vor zwölf?, FAZ, 14.4.2026.

Trotz berechtigter Kritik an der AfD würden übertriebene Untergangsszenarien der Demokratie in Deutschland eher schaden als helfen. Die Erfahrungen in Ungarn zeigten, dass selbst eine langjährige rechtsautoritäre Regierung den demokratischen Kern nicht zwangsläufig zerstören könne. Entscheidend für den Machtwechsel seien nicht Alarmrhetorik, sondern sichtbare politische Missstände in Bereichen des öffentlichen Lebens und glaubwürdige Alternativen zu deren Beseitigung. Demokratien seien somit in der Lage auch eine „illiberale Phase“ zu überstehen.

Das *Editorial Board* der *Financial Times*²⁹ konstatiert, dass es durchaus möglich sei, populistischen Nationalismus durch Wahlen zu besiegen, wie das Beispiel Ungarn zeige. Der Sieg von Orbáns Herausforderers Péter Magyar sei ein positives Signal für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die EU und die Unterstützung der Ukraine sowie Rückschlag für populistisch-nationalistische Kräfte um Figuren wie Putin und Trump. Allerdings sei Vorsicht geboten, Magyar stamme selbst aus Orbáns Fidesz-Partei und vertrete weiterhin eine abgeschwächte Form von konservativen Nationalismus. Orbáns „illiberale Demokratie“ zeige, dass nationalistischer Populismus zwar lange Bestand haben könne, letztlich aber an wirtschaftlichem Versagen und wachsender Unzufriedenheit scheitere. Entscheidend sei zudem, dass Ungarn als EU-Mitglied nicht vollständig autoritär agieren konnte, da europäische Regeln, der Wunsch nach EU-Mitgliedschaft und finanzielle Sanktionen Grenzen setzten. Dies mache auch deutlich, dass in einem Land wie den USA, das nicht äußeren Zwängen unterliege, der Schutz der Demokratie ausschließlich von den eigenen Institutionen – Gerichten, Kongress, Wahlbehörden – abhängen.

In der Debatte: Erinnerungskultur

Aleida Assmann geht im Interview mit der *Zeit*³⁰ der Frage nach, warum sich viele Deutsche erst spät mit ihrer Familien- und NS-Vergangenheit auseinandersetzen würden. Ein zentrales Hindernis sei ein kollektives Schamgefühl, das sich nach 1945 entwickelt habe, als die Alliierten die nationalsozialistischen Verbrechen öffentlich machten und den Deutschen Schuld zuschrieben. Diese Strategie habe Abwehr, Verdrängung und jahrzehntelanges Schweigen gefördert. Zwar seien Täter juristisch verfolgt worden, doch die Gesellschaft habe diese Aufarbeitung kaum unterstützt, und das Schweigen sei über Generationen weitergegeben worden. Erst mit den gesellschaftlichen Veränderungen seit den 1980er-Jahren sei eine breitere Erinnerungskultur entstanden, die Schuld anerkennt und Verantwortung für die Zukunft abgeleitet habe. Diese Erinnerung sei aber oft opferzentriert geblieben und die Rolle der Täter – auch innerhalb von Familien, Institutionen und Unternehmen – dadurch zu wenig sichtbar gemacht worden. Mit der Öffnung der NSDAP-Mitgliedskartei kehre die Geschichte nun verstärkt in die Familien zurück und zwingen die Gesellschaft, ihr Selbstbild neu zu überdenken. Dabei gehe es nicht um eine abstrakte Kollektivschuld, sondern um individuell belegbare „Mitschuld“ vieler Deutscher am nationalsozialistischen System. Dieses neue Wissen könne nicht folgenlos bleiben, sondern verändere den Blick auf die Vergangenheit und stärke das Bewusstsein dafür, dass Deutschland von außen von sich selbst befreit werden musste. Dies sei kein Geschenk an erinnerungspolitische Gegner wie die AfD, sondern eine Vertiefung historischer Verantwortung. Die aktuelle Entwicklung könne als neues Kapitel der Erinnerungsgeschichte gedeutet werden, das zeige, dass die NS-Vergangenheit zwar vergangen, aber gesellschaftlich noch nicht abgeschlossen sei.

²⁹ The Editorial Board, The end of the Viktor Orbán era, *Financial Times*, 13.4.2026.

³⁰ Maximilian Probst, „Statt von Mitläufern sollten wir von Mitschuldigen sprechen“. Fragen an die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, *Die Zeit*, 9.4.2026.

Gerrit Dworok setzt sich bei *cicero.de*³¹ kritisch mit der aktuellen Debatte um die deutsche Erinnerungskultur auseinander, die seit 2021 durch den Vorwurf eines erinnerungspolitischen „Katechismus“ erneut an Schärfe gewonnen habe. Beim Historikerstreit in den 1980er-Jahren sei es zentral um Fragen nationaler Identität und um die Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte, insbesondere um die Bedeutung von Auschwitz für das Selbstverständnis der Bundesrepublik, gegangen. Die damalige Auseinandersetzung sei keine einfache Frontstellung zwischen demokratischer Aufklärung und reaktionärem Revisionismus gewesen, sondern eine komplexe macht- und kulturpolitische Kontroverse, in der beide Seiten zur historischen Aufarbeitung beigetragen hätten. Der Historikerstreit habe langfristig zu einem Kompromiss geführt. Die Nation sei ein legitimer Bezugspunkt geblieben, zugleich sei die kritische Erinnerung an Auschwitz als grundlegender Bestandteil deutscher Identität verankert worden. Die heutige Erinnerungskultur erscheine daher nicht als starrer, dogmatischer Katechismus, sondern als historisch gewachsenes, weiterhin umstrittenes Feld, das von Ambivalenzen und Perspektivenvielfalt geprägt sei. Der erneuerte Streit um „progressive“ oder „religiöse“ Geschichtsbilder – ausgehend von Dirk Moses' These, die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus habe religiöse Züge angenommen und sei normativ verengt – werde als Fortsetzung dieser Aushandlungsprozesse verstanden. Erinnerung dürfe nicht als normatives Glaubenssystem begriffen werden, sondern als offener, dialogischer Prozess, der sich wandele, neue Wege einschlage und genau dadurch demokratische Aufklärung möglich mache.

Michael Sommer betrachtet in der *Welt*³² kritisch die Rezeption und das Wirken von Jürgen Habermas, insbesondere seine Rolle im Historikerstreit der 1980er-Jahre, und stellt die heute nahezu einhellige Verehrung des Philosophen infrage. Habermas sei zwar ein einflussreicher öffentlicher Intellektueller und wichtiger Vertreter westlich-liberaler Demokratie gewesen, seine Intervention im Historikerstreit sei allerdings stark geschichtspolitisch motiviert gewesen. Habermas habe konservativen und liberalkonservativen Historikern pauschal Geschichtsrevisionismus unterstellt und sie durch verkürzende, teils verfälschende Zitate delegitimiert. Trotz fachlicher Kritik habe dieses Vorgehen publizistisch Erfolg gehabt und nachhaltig die Deutung des Nationalsozialismus geprägt. Habermas habe damit den Kampf um die kulturelle Hegemonie gewonnen, aber dadurch zugleich ein politisch und historisch einseitig sensibilisiertes Land geschaffen, das andere Perspektiven marginalisiert und bis heute Schwierigkeiten habe, neuen gesellschaftlichen Konflikten jenseits des moralischen Deutungsrahmens angemessen zu begegnen.

Anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 81. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald setzt sich *Claudius Seidl* in der *Süddeutschen Zeitung*³³ mit Sinn, Form und Gefährdungen heutiger Erinnerungskultur auseinander. Vor der düsteren Kulisse des ehemaligen Lagers werde nicht nur der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gedacht, sondern auch die Frage aufgeworfen, was genau erinnerungswürdig sei, die Ankunft der amerikanischen Truppen am 11. April 1945 oder die umstrittene Selbstbefreiung durch kommunistische Widerstandsgruppen. Diese Debatte stehe exemplarisch für Konflikte zwischen DDR-geprägter Erinnerung und heutiger historischer Neubewertung. Das Gedenken werde zudem immer mehr von aktuellen politischen Auseinandersetzungen überlagert, etwa durch Störungen, Proteste und Versuche, gegenwärtige Konflikte auf den Erinnerungsort zu projizieren. Die oft formelhaft wirkenden Appelle wie „Wehret den Anfängen“ müssten hinterfragt werden, eine moralische Inflation drohe historische Extreme zu verharmlosen. Entschei-

³¹ Gerrit Dworok, Aus den Hohlwegen deutscher Erinnerungskultur, *cicero.de*, 11.4.2026.

³² Michael Sommer, Die toxische Fernwirkung des Jürgen Habermas, *Die Welt*, 26.3.2026.

³³ Claudius Seidl, Es muss wehtun, *SZ*, 14.4.2026.

dend aber sei eine Erinnerung, die – statt zu beruhigen – erschüttere, durch konkrete Erzählungen vom Leiden der Opfer und durch das Bewusstsein für die Grausamkeit des Geschehenen, gerade weil die Zeitzeugen zunehmend fehlten.

Rezensionen

In ihrem Buch **The Long Death of Adolf Hitler: An Investigative History** beschreibe **Caroline Sharples** die Tage nach dem Selbstmord Adolf Hitlers und zeige die im Lauf der Zeit entstandenen Verschwörungstheorien auf, schreibt *James Owen* in der *Times*³⁴.

Ulrike Baureithel befasst sich im *Tagesspiegel*³⁵ mit **Die Abschottung der Welt. Als Juden vor verschlossenen Grenzen standen 1933–1945** von **Susanne Heim**, die damit eine „überaus spannende Zusammenschau“ mit „erhellendem Zahlenmaterial“ erstellt habe.

Im *Wall Street Journal*³⁶ präsentiert *Diane Cole* **The Wanderers: A Story of Exile, Survival, and Unexpected Love in the Shadow of World War II** von **Daniela Gerson**, die darin die Geschichte jüdischer Familien in der polnischen Stadt Zamość nachzeichne, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung bis in die Sowjetunion geflohen seien.

Gerrit Bartels weist im *Tagesspiegel*³⁷ auf **Landschaft ohne Zeugen. Buchenwald und der Riss der Erinnerung** von **Ines Geipel** hin, die sich mit Blick auf das KZ Buchenwald mit dem „Gedenk- und Heldenkult der DDR“ auseinandersetze und stellt fest, das Buch zeichne sich durch eine „Mischung aus persönlicher Geschichte, chronologisch erzählter Historie, einschließlich der ostdeutschen Erinnerungskultur nach der Wende, und den vielen Dokumenten“ aus.

Niklas Krawinkel zeige in seinem Buch **Rechter ‚Rand‘ und demokratische ‚Mitte‘. Radikalisierung und Legitimation extrem rechter Politik nach 1945** die „Kontinuitätslinien des rechten Extremismus vom Nationalsozialismus in die Bundesrepublik“ auf und setze sich dabei „sowohl terminologisch als auch methodisch“ von bisherigen Forschungen ab, merkt *Stefan Breuer* in der *FAZ*³⁸ an.

Nicholas Potter zeichne in seinem Buch **Die neue autoritäre Linke. Eine akute Bedrohung für die demokratische Gesellschaft** ein „beunruhigendes Porträt dieser Szene“ und stütze sich dabei auch auf eigene Erfahrungen, stellt *Peter Laudenbach* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁹ fest: „Sie ist, so Potters Diagnose, in ihrer Israel-Kritik offen für antisemitisches Ressentiment, bedroht ihre politischen Gegner und bewundert Terroristen als Widerstandskämpfer. Potter beschreibt, wie diese Aktivisten seit Jahren in Teilen der Linken, an Universitäten und in der Subkultur an Einfluss gewinnen, bis hinein in die Linkspartei.“

„Diese blinden Flecken lassen die präsentierte bundesdeutsche Geschichte seltsam unmöbliert zurück, zumal die Beiträge selbst eher Forschungslücken markieren und Forschungsagenden ankündigen, statt Quellen zu präsentieren oder wirklich Neues zu liefern“ konstatiert *Jens Hacke* in der *FAZ*⁴⁰ über den von **Claudia C. Gatzka** und **Sonja Levsen** herausgegebenen Band **Neue Wege zu einer Geschichte der Bundesrepublik**, dessen Darstellungen kein einheitliches Bild ergäben.

³⁴ James Owen, No corpse ... no death? The long, strange afterlife of Adolf Hitler, *The Times*, 19.3.2026.

³⁵ Ulrike Baureithel, Immer wieder vor verschlossenen Toren, *Der Tagesspiegel*, 9.4.2026.

³⁶ Diane Cole, 'The Wanderers' Review: This Side of Survival, *The Wall Street Journal*, 7.4.2026.

³⁷ Gerrit Bartels, Ines Geipel über den DDR-Mythos Buchenwald und seine Entstehung, *Der Tagesspiegel*, 14.4.2026.

³⁸ Stefan Breuer, Das lange Leben der alten Rechten, *FAZ*, 25.3.2026.

³⁹ Nicholas Potter, Naive Gewalt, *SZ*, 8.4.2026.

⁴⁰ Jens Hacke, Vorbei die Zeit der Mythopoeten, *FAZ*, 25.3.2026.

Peter Laudenbach stellt in der *Süddeutschen Zeitung*⁴¹ über den von **Heinrich Geiselberger** herausgegebenen Band **Oben rechts – Rechtspopulismus als Klassenprojekt** fest, die „klug und schlüssig zusammengestellte Essaysammlung [wirke] wie das Seitenstück zu Quinn Slobodians und Ben Tarnoffs gerade erschienener ideologiekritischer Analyse des ‚Muskismus‘“.

„Zu begrüßen ist es daher, dass sich **Armin Nassehi** dieser Vielgestaltigkeit aus soziologischer Sicht widmet. In seinem Essay hat er einiges zur Frage der Persistenz von Antisemitismus beizutragen, analysiert die Logik gesellschaftlicher Veränderungen und nicht zuletzt deren Bedeutung für das Selbstverständnis moderner Gesellschaften“ urteilt *Sophie Klieseisen* in der *FAZ*⁴² über **Anmerkungen zum Antisemitismus. Die Funktion der Judenfeindschaft und das westliche Selbstverständnis**.

„In lucid prose, uncluttered with superfluous dates or muddling names, free of ideological bias or bugbears, scrupulously annotated and richly informed, **Europe: A New History** moves sure-footedly across 2,500 years“ lautet das Urteil von *Rupert Christiansen* im *Telegraph*⁴³ über das Buch von **Roderick Beaton**, auch wenn es einige kontroverse Auslassungen und Hervorhebungen enthalte.

Rana Dasgupta gehe in seiner sehr zeitgemäßen Darstellung **After Nations: The Making and Unmaking of a World Order**, der Frage nach – so *Linda Colley* in der *Financial Times*⁴⁴ –, ob ein neues Zeitalter der Imperien begonnen habe: „These four imperial cameos are beautifully written, based on a wealth of reading and full of sharp observation.“

Im *Telegraph*⁴⁵ weist *Simon Heffer* auf zwei lange erwartete Biografien anlässlich des bevorstehenden 100. Geburtstags von Queen Elizabeth II. hin und urteilt über **Queen Elizabeth II: A Personal History** von **Hugo Vickers** sowie **Queen Elizabeth II: The Private. The Public. The Inside Story** von **Robert Hardman**: „Each is authoritative but, although all (or almost all) the facts are the same, each has different insights.“

In der *FAZ*⁴⁶ betrachtet *Lutz Klinkhammer* **Schwierige Justiz. Die Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher in Italien 1943–2013** von **Marco De Paolis** und **Paolo Pezzino**, die die mangelnde Aufarbeitung deutscher Kriegsverbrechen in Italien durch die dortige Justiz und die italienische Erinnerungspolitik kritisch in den Blick nähmen.

Die Kunst des Friedens. Eine andere Geschichte des Nahen Ostens. Deals, Friedensverhandlungen und Geheimdiplomatie von **Daniel Gerlach** halte „der Wucht der Aktualität stand“; sein „analytischer Scharfsinn und sein Interesse an den Menschen in der Region sind – angesichts der hiesigen unnachgiebigen wie polarisierten Nahostdebatte – wohlthuend“ merkt *Majd El-Safadi* in der *FAZ*⁴⁷ an.

Mehul Srivastava präsentiert in der *Financial Times*⁴⁸ zwei Bücher, die den „Mythos Mossad“ in den Blick nehmen sowie den „herzzerreißenden“ Bericht einer israelischen Geisel in den Tunneln der Hamas: **The Sword of Freedom: Israel, Mossad and the Secret War** von **Yossi Cohen**; **The Architect of Espionage: The Man Who Built Israel’s Mossad into the World’s Boldest Intelligence Force** von **Samuel M. Katz** und **Hostage** von **Eli Sharabi**.

⁴¹ Peter Laudenbach, Endlich straff durchregieren, *SZ*, 14.4.2026.

⁴² Sophie Klieseisen, Es braucht den Feind, um sich nicht selbst in den Blick nehmen zu müssen, *FAZ*, 2.4.2026.

⁴³ Rupert Christiansen, Never mind Brexit – ‘Europe’ has always been loathed, *The Telegraph*, 24.3.2026.

⁴⁴ Linda Colley, After Nations – imperial impulses and the making of our shifting world order, *Financial Times*, 18.3.2026.

⁴⁵ Simon Heffer, Meghan, Andrew and the death of Elizabeth II: The full story, *The Telegraph*, 9.4.2026.

⁴⁶ Lutz Klinkhammer, Im Schrank der Schande, *FAZ*, 24.3.2026.

⁴⁷ Majd El-Safadi, Warten auf den friedensstiftenden Dritten, *FAZ*, 14.4.2026.

⁴⁸ Mehul Srivastava, Behind the myth-making of Mossad, *Financial Times*, 20.3.2026.

In seinem Buch **Red Dawn Over China. How Communism Conquered a Quarter of Humanity** gelinge es **Frank Dikötter** überzeugend darzustellen, wie des Mao und der Kommunistischen Partei gelungen sei, die Macht in China zu übernehmen, urteilt *Brian Stewart* in der *National Review*⁴⁹: „Dikötter shows the extent of the lie on which the communist regime is founded, and it demonstrates that the CCP remains vulnerable to the corruption that brought so many of its predecessors to ruin and defeat.“

In der *FAZ*⁵⁰ stellt *Reinhard Veser* zwei Bücher vor, die die nicht immer einfachen deutsch-ukrainischen Beziehungen im Lauf der Geschichte in den Blick nehmen: **Die übersehene Nation. Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert** von **Martin Schulze Wessel** sowie **Ukraine Studien. Einführung** von **Andrii Portnov**.

Rudolf Walther weist in der *Süddeutschen Zeitung*⁵¹ auf **Die Stärke des Rechts vs. Das Recht des Stärkeren. Plädoyer für Völkerrecht und Menschenrechte** von **Wolfgang Kaleck** hin, der darin „den Kernbestand des Völkerrechts und der Menschenrechte mit Vehemenz“ verteidige.

Im *Tagesspiegel*⁵² stellt *Inga Barthels* zwei Bücher vor, die sich mit der Bedrohung und Chance, die Künstliche Intelligenz darstellen könne und den Folgen dieses technischen Umbruchs, auseinandersetzen: **Feministische KI. Warum Künstliche Intelligenz Ungerechtigkeit verstärkt und was wir dagegen tun müssen** von **Eva Gengler** sowie **Ethische Intelligenz. Wie KI uns moralisch weiterbringen kann** von **Markus Gabriel**.

Mit **Schuldenwende: Der gefährliche Irrweg der Finanzpolitik** hätten **Lars Feld** und **Wolf Reuter** „das Buch der Stunde“ geschrieben, urteilt *Alexander Armbruster* in der *FAZ*⁵³ und rät: „Der Erfolg oder Misserfolg auch dieser Bundesregierung wird sich ganz wesentlich in der Finanzpolitik entscheiden. Wer dabei mitreden will, sollte das Buch von Feld und Reuter lesen.“

Werner Plumpe biete in seinem Buch **Gefährliche Rivalitäten** „Wirtschaftsgeschichte vom Feinsten – mit einer Fülle von Lehren, Ratschlägen und Warnhinweisen. Wer die heutigen Debatten verstehen und mitreden will, sollte es lesen“, so die Einschätzung von *Stefan Kooths* im *Cicero*⁵⁴.

Gerrit ter Horst betrachtet in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁵ **Yacht oder nicht Yacht. Nachrichten aus der Welt der Ultrareichen** von **Evan Osnos**, der darin eine Reise durch den Spätkapitalismus in den USA unternommen habe und „aus der Haltung eines Besorgten“ schreibe: „Keine blendende Zukunft, sondern das Ende des römischen Reiches kommt ihm in den Sinn, wenn er an die USA denkt.“

In seinem Buch **Reichensteuer. Aber richtig!** trete der französische Ökonom **Gabriel Zucman** – trotz des provokanten Titels – „nicht als Ideologe auf, zu lesen ist nichts von ‚Eat the Rich‘ oder Klassenkampf, ihm geht es um ein System, das aus den Fugen gerät. Knapp, zugänglich und ohne Eitelkeit unterbreitet er seinen Lösungsvorschlag. Verteidigt ihn gegen Einwände. Das alles ist ein guter Dienst an der Debatte. An einem Nachmittag sind die Seiten gelesen. Die Zeit kann man schlechter investieren“, lautet das Urteil von *Nicolas Kurzawa* in der *FAZ*⁵⁶.

⁴⁹ Brian Stewart, Telling the Truth About China's Rise, *National Review*, 22.3.2026.

⁵⁰ Reinhard Veser, Die Geschichte einer Ignoranz, *FAZ*, 14.4.2026.

⁵¹ Rudolf Walther, Kampf für die kleinen Fortschritte, *SZ*, 13.4.2026.

⁵² Inga Barthels, Moral, Unmoral und Maschinen, *Der Tagesspiegel*, 14.4.2026.

⁵³ Alexander Armbruster, Solide Staatsfinanzen, *FAZ*, 23.3.2026.

⁵⁴ Stefan Kooths, Das politische Buch, *Cicero*, 27.3.2026.

⁵⁵ Gerrit ter Horst, Kriminell reich, *SZ*, 23.3.2026.

⁵⁶ Nicolas Kurzawa, Von wegen Ideologe, *FAZ*, 7.4.2026.

Disruption von **Jannis Brühl** sei – so die *Süddeutsche Zeitung*⁵⁷ – sei ein „unheimlicher Ausflug in die Extreme des Libertarismus, Fantasien von Cyberdiktaturen und dem elitären Traum, das Menschliche hinter sich zu lassen“.

Nach Meinung von *Giles Wilkes* in der *Financial Times*⁵⁸ gäben die Bücher **Escape from Capitalism: Economics Is Political, and Other Liberating Truths** von **Clara E. Mattei** und **The Good Society: And How We Make It** von **Kate Pickett** keine ausreichenden Antworten auf die Frage, ob der Kapitalismus reformierbar sei.

Matthias Kolb präsentiert in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁹ zwei „brillante[...] Analysen“, die erklären könnten, „warum Konservative strikt am Wortlaut der US-Verfassung von 1787 festhalten und so die Spaltung der Gesellschaft zementieren“: **We the people. Eine Geschichte der amerikanischen Verfassung** von **Jill Lepore** sowie **Mythos 1776. Traum und Erwachen der amerikanischen Nation** von **Hiram Kümper**.

Klaus Brinkbäumer lege in seinem **Der amerikanische Albtraum. Faschismus made in USA** dar – so *Claudia Franziska Brühwiler* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶⁰ –, warum er der Überzeugung sei, dass sich die USA am „Rand des Faschismus“ befinden würden und dies auch zur Gefahr für die deutsche Demokratie werden könne, biete dabei aber keine Lösungen an.

„Nein, es ist irgendein Buch, das in snackbarer Form die Ressentiments eines größeren Teils der deutschen Bevölkerung bedient und dessen relativer Erfolg niemanden überraschen kann, der den Aufstieg der AfD und das Florieren rechter Publizistik bemerkt hat“ urteilt *Stefan Niggemeier* in der *Süddeutschen Zeitung*⁶¹ über das von **Julian Reichelt** und **Pauline Voss** herausgegebene „Wörterbuch“ **Links – Deutsch, Deutsch – Links**.

„**Peter Sloterdijk** gehe in seinem Buch **Der Fürst und seine Erben. Über große Männer im Zeitalter der gewöhnlichen Leute** der Frage nach, wie die neuen Autokraten – „Machiavellis Lehrlinge“ –, funktionierten, merkt *Guido Kalberer* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶² an.

⁵⁷ Jannis Brühl über Trumps Milliardäre, SZ, 25.3.2026.

⁵⁸ Giles Wilkes, Can capitalism be fixed – and does it even deserve to be?, Financial Times, 14.3.2026.

⁵⁹ Matthias Kolb, Die versteinerte Nation, SZ, 7.4.2026.

⁶⁰ Claudia Franziska Brühwiler, Wird Amerika zur Gefahr für die Demokratie?, NZZ, 8.4.2026.

⁶¹ Stefan Niggemeier, Der Sprach-Hammer, SZ, 11.4.2026.

⁶² Guido Kalberer, Ein kluger Fürst darf sein Wort nicht halten, NZZ, 14.4.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)